



Urkundenrolle 6.492

Sammlung 5.278

**PROTOKOLL DER GESELLSCHAFTERVERSAMMLUNG
DER "E-WERK WINNEBACH KONSORTIAL-GMBH"****REPUBLIK ITALIEN**

Am neunzehnten Juli zweitausendachtzehn

(19 - 7 - 2018)

In Brixen, in meiner Kanzlei.

Um 17.35 Uhr.

Vor mir **RA Dr. MARTINA TSCHURTSCHENTHALER**, Notar in Brixen, mit Amtssitz dort in Kleiner Graben 2, eingetragen im Notariatskollegium von Bozen,

ist erschienen:

FINK CLAUDIA, geboren in Brixen (BZ) am 13. Mai 1970, wohnhaft in Terenten (BZ), Sonnleitenstraße 10, italienische Staatsbürgerin, Steuernummer FNK CLD 70E53 B160F, in ihrer Eigenschaft als Präsidentin des Verwaltungsrates und gesetzliche Vertreterin der Gesellschaft**"E-WERK WINNEBACH KONSORTIAL-GMBH"**,

mit Sitz in Terenten (BZ), St.-Georgen-Straße 1, Gesellschaftskapital Euro 100.000,00 (einhunderttausend Komma null null), zur Gänze eingezahlt, Steuer-, Mehrwertsteuer- und Eintragsnummer im Handelsregister Bozen 02505660213, R.E.A. 183227.

Die Erschienene, deren persönlicher Identität und Eigenschaft ich Notar gewiss bin, ersucht mich um Beurkundung des Verlaufes der Gesellschafterversammlung der obgenannten Gesellschaft, welche sich an diesem Ort und zu dieser Stunde versammelt hat, um über folgende

TAGESORDNUNG

zu diskutieren und zu beschließen:

- 1) Änderung der Satzung;
- 2) Ernennung des Verwaltungsorgans und diesbezügliche Beschlussfassungen;
- 3) Ernennung des Aufsichtsorgans und diesbezügliche Beschlussfassungen.

Frau FINK CLAUDIA übernimmt gemäß Art. 14.1 des Statuts den Vorsitz der Gesellschafterversammlung und erklärt:

a) dass die Gesellschafterversammlung mittels elektronischer Post mit Schreiben vom 10. Juli 2018 ordnungsgemäß im Sinne des Art. 12.1 des Statuts einberufen worden ist;

b) dass das Gesellschaftskapital wie folgt vertreten ist:

- durch die "GEMEINDE TARENTEN", mit Sitz in Terenten (BZ), St.-Georgen-Straße 1, Steuernummer 81004010211, Inhaberin von Gesellschaftsanteilen im Nominalbetrag von Euro 66.670,00 (sechshundsechzigtausendsechshundertsiebenzig Komma null null), gleich 66,67% (sechshundsechzig Komma siebenundsechzig Prozent) des Gesellschaftskapitals, hier vertreten durch den Bürgermeister und gesetzlichen Vertreter Herrn WEGER REINHOLD, geboren in Brixen (BZ) am 15. September 1972, in Ausführung der Beschlussniederschrift des Gemeinderates Nr. 6/R/2018 vom 10. Mai 2018, welcher mir Notar vorgelegt worden ist und bei den Dokumenten der Gesellschaft aufbewahrt wird;

- durch die "GEMEINDE VINTL", mit Sitz in Vintl (BZ), Kirchweg 4,

**REGISTRIERT IN
BRIXEN - BRUNECK**am 10/08/2018
unter Nr. 3932
Serie 1T
Register € 200,00
Grundbuch € --
Kataster € --
Stempelsteuer € 156,00**Eingetragen im
Handelsregister der
Handelskammer von
BOZEN**am 02/08/2018
Prot. Nr. 36122/2018

Steuernummer 81007610215, Inhaberin von Gesellschaftsanteilen im Nominalbetrag von Euro 33.330,00 (dreiunddreißigtausenddreihundertdreißig Komma null null), gleich 33,33% (dreiunddreißig Komma dreiunddreißig Prozent) des Gesellschaftskapitals, hier vertreten durch den Bürgermeister und gesetzlichen Vertreter Herrn Dr. HUBER WALTER, geboren in St. Lorenzen (BZ) am 27. September 1955, in Ausführung der Beschlussniederschrift des Gemeinderates Nr. 11/R/2018 vom 14. Mai 2018, welcher mir Notar vorgelegt worden ist und bei den Dokumenten der Gesellschaft aufbewahrt wird;

c) dass für das Verwaltungsorgan der Gesellschaft Frau FINK CLAUDIA, hier erschienen als Präsidentin des Verwaltungsrates, sowie die Verwaltungsratsmitglieder Dr. HUBER WALTER, geboren in St. Lorenzen (BZ) am 27. September 1955 anwesend ist, während Herr ZAMUNARO PIERPAOLO, geboren in Bozen am 4. Juli 1960, entschuldigt abwesend ist;

d) dass kein Rechnungsprüfer und kein Kontrollorgan amtierend sind;

e) die Identität und die Teilnahmeberechtigung der Anwesenden geprüft zu haben,

f) alle Anwesenden sich über die Tagesordnung ausreichend informiert erklären und bereit sind, sie zu behandeln bzw. deren Behandlung sich niemand widersetzt.

Die Vorsitzende erklärt somit die Gesellschafterversammlung im Sinne des Art. 12.3 des Statutes für ordnungsgemäß einberufen und beschlussfähig, um über die Punkte der Tagesordnung zu befinden. Sie präzisiert, dass die Versammlung im Sinne des Art. 12.4 zudem auch als Vollversammlung beschlussfähig zusammengetreten wäre, da alle Gesellschafter anwesend sind und die im Amt befindlichen Verwalter anwesend bzw. über die Versammlung informiert worden sind und sich niemand der Versammlung widersetzt.

Die Vorsitzende informiert die Vollversammlung, dass die Anwesenheit des Notars ausschließlich für die Abhandlung des ersten Punktes der Tagesordnung erforderlich ist.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung übergehend unterbreitet die Vorsitzende der Gesellschafterversammlung den Vorschlag, den neuen Text der Satzungen zu genehmigen, welchen sie kurz in den einzelnen Punkten zusammenfasst.

Nach kurzer Diskussion, indem keiner der Anwesenden die Protokollierung seiner Stellungnahmen beantragt, erklärt die Vorsitzende der Versammlung die Diskussion bezüglich des ersten Punktes der Tagesordnung für beendet.

Die Gesellschafterversammlung der "E-WERK WINNEBACH KONSORTIAL-GMBH"

beschließt:

einstimmig mit Handaufheben Folgendes:

- den neuen Text der Satzungen, welcher diesem Protokoll als wesentlicher Bestandteil unter dem Buchstaben "A" beigelegt wird, zu genehmigen.

Schließlich beschließt die Gesellschafterversammlung, dem Verwaltungsorgan die weitgehendsten Befugnisse für die Durchführung des gefassten Beschlusses zu erteilen und dieses zu ermächtigen, alle Formalitäten, die zur Eintragung der obigen gefassten Beschlüsse ins Handelsregister notwendig sind, durchzuführen auch mit der Befugnis, die

für die Eintragung erforderlichen Änderungen, Streichungen und Einfügungen an vorliegender Urkunde und am Gesellschaftsstatut vorzunehmen.

Da nichts weiteres zum ersten Punkt der Tagesordnung zu beschließen ist und niemand mehr das Wort ergreift, erklärt die Vorsitzende die Gesellschafterversammlung

um 17.48 Uhr für beendet und es kann mit der Abhandlung der restlichen Tagesordnungspunkte, wo es meine Anwesenheit nicht erfordert, fortgefahren werden.

Die Spesen vorliegender Urkunde gehen zu Lasten der Gesellschaft.

Vorliegende Urkunde ist von mir Notar der Erschienenen, welche sie genehmigt, vorgelesen worden. Ich Notar bin von der Verlesung der Anlage ausdrücklich befreit worden.

Vorliegende Urkunde, mit Computer von einer Person meines Vertrauens geschrieben und eigenhändig von mir ergänzt, besteht aus drei Seiten von zwei Blättern.

Unterschrieben um 17.49 Uhr.

Gez.: CLAUDIA FINK

Gez.: MARTINA TSCHURTSCHENTHALER (Siegel)

STATUTO**I. DENOMINAZIONE, OGGETTO, SEDE E DURATA DELLA SOCIETÀ****Art. 1 – Denominazione**

1.1. E' costituita una società consortile a responsabilità limitata ai sensi degli artt. 2615ter e 2462 e seguenti del Codice Civile, denominata "**CENTRALE ELETTRICA WINNEBACH SOCIETÀ CONSORTILE ARL**", in lingua tedesca "**E-WERK WINNEBACH KONSORTIAL-GMBH**".

Art. 2 – Oggetto della società

2.1. L'attività della società consortile viene imposta per realizzare l'efficienza e non il lucro e perseguire interessi collettivi. La società consortile si propone di promuovere l'elaborazione e la realizzazione di progetti per l'acquisizione e l'utilizzo di fonti energetiche alternative ai prodotti petroliferi, anche tramite la partecipazione di enti pubblici territoriali. In particolare, è oggetto della società la produzione, l'esercizio, la trasformazione, lo scambio ed il bilanciamento, il trasporto, l'acquisto e la vendita nonché la commercializzazione di energia di ogni genere, la progettazione, il finanziamento, la costruzione e l'esercizio dei relativi impianti tecnici e sussidiari, in particolare di quelli idroelettrici.

2.2. Le predette attività potranno essere espletate anche tramite affitto di azienda o ramo di azienda o concedendo in affitto la stessa, oppure tramite partecipazione in altre società.

2.3. La società consortile si propone lo sviluppo delle imprese e degli enti consorziati aumentandone l'efficienza e la competitività nel campo delle attività indicate nel presente articolo. A tale fine la società consortile può, nei limiti del presente statuto, esercitare tutte le attività consentite dalle leggi nazionali, regionali e provinciali che sono compatibili con la sua natura. In tal senso essa assume, a seconda dei casi, obbligazioni in nome proprio oppure in nome e per conto delle consorziate o parte di esse.

SATZUNG**I. BEZEICHNUNG, GEGENSTAND, SITZ UND DAUER DER GESELLSCHAFT****Art. 1 – Bezeichnung**

1.1. Es ist eine Konsortialgesellschaft mit beschränkter Haftung im Sinne von Art. 2615ter und 2462 u. ff. ZGB mit der Bezeichnung „**E-WERK WINNEBACH KONSORTIAL-GMBH**“, in italienischer Sprache „**CENTRALE ELETTRICA WINNEBACH SOCIETÀ CONSORTILE ARL**“ gegründet.

Art. 2 – Gegenstand der Gesellschaft

2.1. Die Tätigkeit der Konsortialgesellschaft ist auf Effizienz und nicht auf Gewinn ausgerichtet und verfolgt gemeinnützige Ziele. Die Konsortialgesellschaft bezweckt die Förderung der Ausarbeitung und Umsetzung von Projekten zum Erwerb und zur Nutzung alternativer Energiequellen zum Erdöl, auch mittels Beteiligung von öffentlichen Gebietskörperschaften. Insbesondere ist Zweck der Gesellschaft die Erzeugung, die Benutzung, die Umwandlung, der Ausgleich und die Bilanzierung, der Transport, der Ein- und Verkauf sowie der Handel und Vertrieb von Energie jeder Art, die Projektierung, die Finanzierung, der Bau und die Errichtung sowie der Betrieb der entsprechenden Anlagen und Einrichtungen, insbesondere von Wasserkraftwerken.

2.2. Die vorgenannten Tätigkeiten können auch durch die Übernahme in Pacht oder durch die Weiterverpachtung von Betrieben oder Teilbetrieben sowie durch die Beteiligung an anderen Gesellschaften durchgeführt werden.

2.3. Die Konsortialgesellschaft hat die Förderung der beteiligten Unternehmen und Körperschaften zum Ziel, indem deren Effizienz und Wettbewerbsfähigkeit mit Bezug auf die in diesem Artikel angeführten Tätigkeiten gesteigert werden sollen. Zu diesem Zweck kann die Konsortialgesellschaft im Rahmen dieser Satzung alle Tätigkeiten ausüben, die mit den staatlichen und regionalen sowie mit den Landesgesetzen vereinbar sind. In diesem Sinne kann die Konsortialgesellschaft je nach Gegebenheit im eigenen Namen oder im Namen und auf Rechnung der Mitglieder oder einiger Mitglieder Ver-

Claudio Tini



2.4. La società può compiere tutte le operazioni finanziarie, commerciali, industriali e immobiliari necessarie od utili per il conseguimento dello scopo sociale ed a questo direttamente o indirettamente connesse. La società può prestare garanzie e fidejussioni a terzi, indipendentemente dall'attività che questi svolgono; può altresì conferire mandati d'agenzia o concedere rappresentanze in genere. Quanto sopra con esclusione delle attività riservate ed in ogni caso nel rispetto delle leggi vigenti (in particolar modo del Decreto Legislativo n. 385/93), ed al solo scopo di perseguire la realizzazione dell'oggetto sociale e mai nei confronti del pubblico.

2.5. Con riferimento al comma 2.1. viene specificato che l'energia prodotta dalla società sarà ceduta ai soci o a società da loro designate, in proporzione alla quota da loro posseduta nella società consortile; la determinazione dei prezzi avverrà in modo tale da garantire la copertura dei costi di produzione dell'energia e dei costi di gestione della società stessa.

2.6. Salvo quanto disposto dal comma 2.5., i soci possono concludere di comune accordo patti che stabiliscano altre modalità di utilizzo dell'energia elettrica prodotta dalla società stessa.

Art. 3 – Sede

3.1. La società ha sede in Terento (BZ).

3.2. L'Organo amministrativo ha facoltà di istituire e sopprimere filiali, uffici amministrativi o di rappresentanza nonché depositi in Italia e all'estero, ed inoltre di variare la sede sociale nell'ambito del Comune di Terento. Compete all'Organo amministrativo la decisione di istituire, modificare o sopprimere sedi secondarie.

Art. 4 – Durata

4.1. La durata della società è fissata fino al trentuno dicembre duemilacinquanta (31.12.2050).

pflichtungen eingehen.

2.4. Die Gesellschaft ist zudem berechtigt alle sonstigen Geschäfte im Finanz-, Handels-, Industrie- und Immobilienbereich zu tätigen, die zur Erreichung des Gesellschaftszweckes notwendig oder nützlich sind und mit diesem mittelbar oder unmittelbar verbunden sind. Die Gesellschaft kann Sicherstellungen und Bürgschaften auch zugunsten Dritter gewähren, unabhängig von deren Tätigkeit; sie kann Vertretungen und Agenturen jeglicher Art übergeben. Zu den vorgenannten Tätigkeiten gehören nicht die geschützten Tätigkeiten. Zudem dürfen die vorgenannten Tätigkeiten nur zur Erreichung des Gegenstandes und nie gegenüber der Öffentlichkeit ausgeübt werden und in jedem Fall nur unter Befolgung der geltenden Gesetze (insbesondere des gesetzesvertretenden Dekrets Nr. 385/93).

2.5. Mit Bezug auf Absatz 2.1. wird festgehalten, dass die von der Gesellschaft erzeugte Energie an die Gesellschafter selbst oder an von diesen zu benennenden Gesellschaften im Verhältnis zu ihrer Beteiligung an der Konsortialgesellschaft abgetreten werden soll; die Preisgestaltung soll derart erfolgen, dass dadurch eine Deckung der Herstellungskosten der Energie und der Führungskosten der Gesellschaft selbst gewährleistet ist.

2.6. Unbeschadet der Bestimmungen in Absatz 2.5. sind anderslautende einvernehmliche Vereinbarungen zwischen den Gesellschaftern über die Verwendung der von der gegenständlichen Gesellschaft erzeugten elektrischen Energie zulässig.

Art. 3 – Sitz

3.1. Die Gesellschaft hat ihren Sitz in Terenten (BZ).

3.2. Das Verwaltungsorgan kann Filialen, Büros, Geschäftsstellen und Lager im In- und Ausland errichten und schließen, sowie den Sitz innerhalb der Gemeinde Terenten verlegen. Die Entscheidung zur Errichtung, Änderung oder Schließung von Zweigniederlassungen steht dem Verwaltungsorgan zu.

Art. 4 – Dauer

4.1. Die Gesellschaft hat eine Dauer bis zum einunddreißigsten Dezember zweitausendfünfzig (31.12.2050).

Art. 5 – Domicilio dei soci

5.1. Il domicilio dei soci, per tutti i rapporti con la società, si intende a tutti gli effetti quello risultante dal registro delle imprese.

5.2. Le variazioni di detto domicilio nel libro soci dovranno essere richieste dai soci per iscritto.

II. CAPITALE SOCIALE, TRASFERIMENTO DI PARTECIPAZIONI E FINANZIAMENTI DEI SOCI

Art. 6 – Capitale sociale

6.1. Il capitale sociale ammonta ad Euro 100.000.- (centomila), ed è diviso in partecipazioni ai sensi dell'art. 2468 del Codice Civile.

6.2. Il capitale sociale può essere aumentato con delibera dell'Assemblea tramite versamenti in denaro o in natura; ai soci compete il diritto di opzione ai sensi dell'art. 2481bis del Codice Civile.

Art. 7 – Finanziamenti dei soci

7.1. I finanziamenti con diritto a restituzione della somma versata possono essere effettuati dai soci, anche non in proporzione alle rispettive partecipazioni al capitale sociale, nei limiti e con le modalità che siano imposti dalla normativa vigente.

7.2. Salvo diversa determinazione, i versamenti effettuati dai soci a favore della società devono considerarsi infruttiferi. Per il rimborso si applica l'art. 2467 del Codice Civile.

Art. 8 – Trasferimento di partecipazioni

8.1. In caso di trasferimento di partecipazioni a terzi spetta il diritto di prelazione agli altri soci in proporzione alle partecipazioni da loro possedute. Se non tutti i soci, che ne hanno diritto, esercitano il diritto di prelazione, tale diritto spetta nella predetta proporzione agli altri soci, che ne abbiano fatto richiesta al momento dell'esercizio del diritto di opzione.

8.2. Per trasferimento di partecipazioni si intendono tutte le cessioni "inter vivos", anche a titolo gratuito o mediante cessione in permuta, o conferimento in società, donazione, "datio in solutum", concessione e trasferimento di diritto di usufrutto e altri diritti reali, di diritti di opzione o di sottoscrizione in caso

Art. 5 – Domizil der Gesellschafter

5.1. Als Domizil der Gesellschafter gilt für alle Belange gegenüber der Gesellschaft jenes, welches im Handelsregister aufscheint.

5.2. Änderungen des eingetragenen Domizils müssen von den Gesellschaftern schriftlich beantragt werden.

II. STAMMKAPITAL, ÜBERTRAGUNG VON ANTEILEN UND GESELLSCHAFTERFINANZIERUNGEN

Art. 6 – Stammkapital

6.1. Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt Euro 100.000.- (hunderttausend) und setzt sich gemäß Art. 2468 ZGB aus Geschäftsanteilen zusammen.

6.2. Das Gesellschaftskapital kann durch Beschluss der Gesellschafterversammlung mittels Bar- oder Sacheinlagen erhöht werden, wobei den Gesellschaftern ein Optionsrecht im Sinne von Art. 2481bis ZGB zusteht.

Art. 7 – Gesellschafterfinanzierungen

7.1. Die Finanzierungen mit Anrecht auf Erstattung des gezahlten Betrages können von den Gesellschaftern auch in Abweichung zu ihrer Beteiligung am Stammkapital vorgenommen werden, unter Beachtung der jeweils zum gegebenen Zeitpunkt geltenden Vorschriften.

7.2. Die Gesellschafterfinanzierungen gelten, vorbehaltlich einer anderen Regelung, als zinsfrei gewährt. Für die Erstattung gelten die Bestimmungen laut Art. 2467 ZGB.

Art. 8 – Übertragung von Anteilen

8.1. Bei der Übertragung von Geschäftsanteilen an Dritte steht den anderen Gesellschaftern ein Vorkaufsrecht im Verhältnis zu den von ihnen besessenen Anteilen zu. Wenn nicht alle berechtigten Gesellschafter vom Vorkaufsrecht Gebrauch machen, steht dieses wiederum im genannten Verhältnis den anderen Gesellschaftern zu, die dies bei Ausübung des Vorkaufsrechts beantragt haben.

8.2. Als Übertragung gilt jegliche, entgeltliche und unentgeltliche Abtretung von Geschäftsanteilen unter Lebenden, wie beispielsweise Verkauf, Tausch, Schenkung, Einbringung in eine Gesellschaft, "datio in solutum", Bestellung und Übertragung von Nutzungsrechten und anderen dinglichen Rechten, von

Claudio FmR



di aumento del capitale sociale ecc.

8.3. Il socio che intende trasferire, in tutto o in parte, le sue partecipazioni, dovrà darne comunicazione all'Organo amministrativo ed agli altri soci, con qualsiasi mezzo che fornisca la prova dell'avvenuto ricevimento indicando l'entità della partecipazione, il nominativo del potenziale acquirente ed i termini e le condizioni dell'atto di disposizione, nonché il prezzo e le modalità di pagamento.

8.4. Entro il termine di 60 (sessanta) giorni dal ricevimento di tale comunicazione, gli altri soci possono esercitare il diritto di prelazione, in proporzione alla partecipazione posseduta, mediante comunicazione spedita al socio intenzionato ad alienare.

8.5. Nei casi in cui il trasferimento avvenga senza il pagamento di un prezzo (permuta, conferimento, donazione, fusione ecc.) o di un corrispettivo infungibile, ai fini dell'esercizio del diritto di prelazione, il prezzo sarà stabilito da un esperto da nominare ai sensi dell'art. 1473 e seguenti del Codice Civile. Il termine sopra fissato per l'esercizio del diritto di prelazione decorre, in tal caso, dalla data di ricevimento da parte del socio della comunicazione del prezzo, il quale dovrà essere comunicato dall'Organo amministrativo ai soci entro 20 (venti) giorni da quando fissato dall'esperto. Le spese dell'esperto sono a carico del venditore e del compratore in parti uguali tra loro.

8.6. Qualora il diritto di prelazione non venga esercitato, in tutto o in parte, nel termine sopra previsto, il trasferimento della partecipazione potrà avvenire a favore dell'acquirente indicato nella comunicazione inviata dal socio intenzionato ad alienare, sempre che consti il consenso dei soci che rappresentano almeno il 80% (ottanta per cento) del capitale sociale, computando anche il voto del socio intenzionato ad alienare. La decisione dei soci dovrà essere assunta entro 30 (trenta) giorni dalla scadenza del termine entro il quale può essere esercitato il diritto di prelazione ovvero, se anteriore, entro 30 (trenta) giorni dalla data in cui consti la rinuncia ad esercitare il diritto di prelazione sull'intera o parte della partecipazione offerta in vendita.

8.7. Qualora i soci non concedano il gradimento dovrà essere:

a) proposto un altro acquirente gradito; a tal fine,

Optionsrechten und Zeichnungsberechtigung bei der Erhöhung des Stammkapitals usw.

8.3. Der Gesellschafter, der seine Geschäftsanteile zur Gänze oder teilweise veräußern möchte, muss seine Absicht in einer Art und Weise, welche den Nachweis des Erhalts derselben zulässt, dem Verwaltungsorgan und den anderen Gesellschaftern mit folgenden Angaben mitteilen: Betrag der angebotenen Geschäftsanteile, Name des interessierten Käufers, Preis und Zahlungsmodalitäten.

8.4. Binnen 60 (sechzig) Tagen ab Erhalt dieser Mitteilung können die anderen Gesellschafter das Vorkaufsrecht durch Mitteilung an den verkaufswilligen Gesellschafter ausüben, und zwar im Verhältnis zu der von ihnen gehaltenen Beteiligung.

8.5. In den Fällen, in denen für die Übertragung kein Preis oder ein nicht austauschbares Entgelt bezahlt wird (Tausch, Schenkung, Einbringung, Verschmelzung usw.), wird dieser zwecks Ausübung des Vorkaufsrechtes durch einen Sachverständigen festgelegt, der gemäß Art. 1473 u. ff. ZGB ernannt wird. Die oben festgesetzten Fristen für die Ausübung des Vorkaufsrechtes laufen in diesem Fall ab dem Datum des Erhalts der Mitteilung des Kaufpreises durch den Gesellschafter, wobei der Kaufpreis vom Verwaltungsorgan binnen 20 (zwanzig) Tagen nach Festsetzung durch den Sachverständigen den Gesellschaftern mitgeteilt wird. Die Kosten des Sachverständigen werden vom Verkäufer und Käufer je zur Hälfte getragen.

8.6. Falls das Vorkaufsrecht nicht oder nur teilweise innerhalb der oben festgelegten Fristen ausgeübt wird, können die Anteile an die in der Mitteilung des verkaufswilligen Gesellschafters angeführten Käufer übertragen werden, und zwar mit Zustimmung so vieler Gesellschafter, die zumindest 80% (achtzig Prozent) des Stammkapitals vertreten, wobei auch die Stimmrechte des verkaufswilligen Gesellschafters berücksichtigt werden. Die Entscheidung der Gesellschafter muss binnen 30 (dreißig) Tagen nach Ablauf der Frist für die Ausübung des Vorkaufsrechtes, oder – falls vorher – binnen 30 (dreißig) Tagen ab Vorliegen des gänzlichen oder teilweisen Verzichts auf Ausübung des Vorkaufsrechtes getroffen werden.

8.7. Falls die Gesellschafter die Zustimmung nicht gewähren, müssen sie:

a) einen anderen ihnen genehmen Käufer vorschla-

SATZUNG E-WERK WINNEBACH KONSORTIAL-GMBH

l'Organo amministrativo entro 20 (venti) giorni dalla data del diniego indicherà nella lettera contenente il diniego di gradimento, il nominativo dell'acquirente proposto dai soci; il trasferimento delle partecipazioni dovrà allora avvenire, alle stesse condizioni indicate nell'offerta di vendita, entro 30 (trenta) giorni dal ricevimento della comunicazione contenente il diniego di gradimento;

b) altrimenti al socio intenzionato al trasferimento spetta il diritto di recesso; il corrispettivo dell'acquisto è determinato secondo quanto previsto all'art. 9 del presente statuto.

8.8. Il diritto di prelazione e le altre disposizioni di questo articolo spettano anche in caso di esecuzione forzata sulle partecipazioni, e sono esercitati mediante comunicazione scritta indirizzata al terzo acquirente o assegnatario. In tal caso, il prezzo di esercizio della prelazione sarà uguale al prezzo di aggiudicazione o di assegnazione.

8.9. Nel caso di pegno sulle partecipazioni al creditore pignoratizio non spetta alcun diritto di voto. Per la durata del pegno il socio non potrà nominare il creditore pignoratizio o suoi incaricati quali rappresentanti per l'intervento in assemblea.

8.10. Qualsiasi comunicazione ai sensi del presente articolo dovrà essere effettuata con qualsiasi mezzo che fornisca la prova dell'avvenuto ricevimento.

8.11. Con il consenso di tutti i soci per il trasferimento delle partecipazioni si potrà anche derogare alla procedura di cui al presente articolo.

8.12. Salvo quanto disposto nei commi precedenti, in caso di trasferimento di partecipazioni dai soci a società da loro controllate o con loro collegate, agli altri soci non spetta il diritto di prelazione.

Art. 9 – Recesso del socio

9.1. Ciascun socio ha diritto di recedere dalla società qualora non abbia consentito al cambiamento dell'oggetto o del tipo di società, alla sua fusione o scissione, alla revoca dello stato di liquidazione, al trasferimento della sede sociale all'estero, al compimento di operazioni che comportano una sostanziale modificazione dell'oggetto della società o una rile-

gen; in diesem Fall teilt das Verwaltungsorgan dem verkaufswilligen Gesellschafter innerhalb von 20 (zwanzig) Tagen mit der Mitteilung der Ablehnung den Namen des von den Gesellschaftern vorgeschlagenen genehmen Käufers mit; die Anteilsübertragung muss dann zu den gleichen Bedingungen, wie im Verkaufsangebot angeführt, innerhalb von 30 (dreißig) Tagen ab Erhalt des Ablehnungsschreibens durchgeführt werden;

b) andernfalls steht dem verkaufswilligen Gesellschafter das Recht auf Austritt zu, wobei das Entgelt nach Maßgabe von Art. 9 der Satzung bestimmt wird.

8.8. Das Vorkaufsrecht und die anderen Bestimmungen dieses Artikels gelten auch im Falle von Zwangs- und Vollstreckungsmaßnahmen; sie werden durch schriftliche Mitteilung an den dritten Käufer oder den Eingewiesenen ausgeübt. In diesem Fall entspricht der Preis für das Vorkaufsrecht dem Zuweisungs- oder Ersteigerungspreis.

8.9. Im Falle eines Pfandrechts auf Geschäftsanteile steht dem Pfandgläubiger kein Stimmrecht zu. Für die Dauer des Pfandrechts darf der Gesellschafter nicht den Pfandgläubiger oder dessen Beauftragte als Vertreter in die Gesellschafterversammlung entsenden.

8.10. Jede in diesem Artikel vorgesehene Mitteilung muss in einer Art und Weise, welche den Nachweis des Erhalts derselben zulässt, durchgeführt werden.

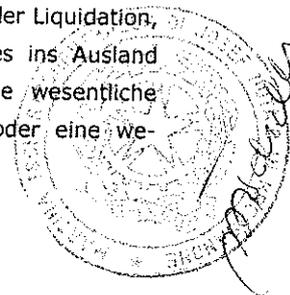
8.11. Mit Zustimmung aller Gesellschafter kann für die Übertragung von Geschäftsanteilen von den Bestimmungen dieses Artikels abgewichen werden.

8.12. Unbeschadet der Bestimmungen der vorhergehenden Absätze stehen den übrigen Gesellschaftern bei der Übertragung von Geschäftsanteilen der Gesellschafter an von diesen kontrollierte oder mit diesen verbundenen Gesellschaften keine Vorkaufsrechte zu.

Art. 9 – Rücktritt eines Gesellschafters

9.1. Jeder Gesellschafter ist berechtigt, aus der Gesellschaft auszutreten, soweit er der Abänderung des Gesellschaftszwecks oder der Rechtsform, der Fusion oder Spaltung, dem Widerruf der Liquidation, der Verlegung des Gesellschaftssitzes ins Ausland oder Geschäftsvorfällen, welche eine wesentliche Änderung des Gesellschaftszwecks oder eine we-

Claude TME



vante modificazione dei diritti attribuiti ai soci ai sensi dell'art. 2468, 3° comma, del Codice Civile e negli altri casi stabiliti dalla legge. Se il fatto che legittima il recesso è diverso da una decisione oppure deliberazione dei soci, l'Organo amministrativo è tenuto a comunicare ai soci i fatti che possono dare luogo all'esercizio del recesso entro 30 (trenta) giorni dalla data in cui ne è venuto esso stesso a conoscenza.

9.2. Nelle ipotesi di cui al comma precedente, il socio che intende recedere dalla società, deve inviare all'Organo amministrativo, con qualsiasi mezzo che fornisca la prova dell'avvenuto ricevimento, una dichiarazione scritta entro 30 (trenta) giorni dalla data dell'iscrizione della deliberazione nel Registro delle Imprese oppure per i fatti, per i quali l'Organo amministrativo ai sensi del comma precedente deve dare comunicazione al socio, entro 30 (trenta) giorni dalla data in cui ne ha avuto conoscenza. In caso di modifiche dello statuto introduttive o soppressive di clausole compromissorie i soci assenti o dissenzienti possono, entro i successivi 90 (novanta) giorni, esercitare il diritto di recesso.

9.3. Il recesso ha effetto nei confronti della società dal momento in cui questa ha ricevuto la dichiarazione di cui sopra.

9.4. Il recesso non può essere esercitato e, se già esercitato, è privo di efficacia se, entro 90 (novanta) giorni, la società revoca la deliberazione che lo legittima ovvero se è deliberato lo scioglimento della società.

9.5. Il rimborso delle partecipazioni dei soci che esercitano il diritto di recesso di cui al presente articolo, avverrà in base alle norme previste dall'art. 2473 del Codice Civile come di seguito descritto. Il valore della società e quindi in proporzione il valore di liquidazione delle quote viene determinato sulla base del patrimonio netto rettificato, integrato col valore positivo o negativo dell'avviamento.

- Il patrimonio netto rettificato è determinato sulla base dell'ultimo bilancio approvato e operando le seguenti rettifiche: Il valore contabile degli immobili viene sostituito con il loro valore di mercato.

sentliche Änderung der Rechte der Gesellschafter im Sinne von Art. 2468 Abs. 3 ZGB bewirken, nicht zugestimmt hat, sowie in den anderen vom Gesetz vorgesehenen Fällen. Soweit der Umstand, welcher zum Rücktritt berechtigt, nicht eine Gesellschafterentscheidung oder ein Gesellschafterbeschluss ist, muss das Verwaltungsorgan Umstände, welche einen Austritt bewirken könnten, den Gesellschaftern innerhalb von 30 (dreißig) Tagen ab dem Datum, wo es selbst davon Kenntnis erlangt hat, mitteilen.

9.2. In den im vorhergehenden Absatz vorgesehenen Fällen muss der Gesellschafter, welcher auszutreten beabsichtigt, dies dem Verwaltungsorgan in einer Art und Weise, welche den Nachweis des Erhalts zulässt, schriftlich mitteilen, und zwar innerhalb von 30 (dreißig) Tagen ab Eintragung des entsprechenden Beschlusses im Handelsregister bzw. für jene Umstände, wo das Verwaltungsorgan im Sinne des vorhergehenden Absatzes zur Mitteilung verpflichtet ist, innerhalb von 30 (dreißig) Tagen ab dem Datum, wo er davon Kenntnis erlangt hat. Im Falle von Änderungen der Satzungen, welche Einführungen oder Streichungen von Schiedsklauseln bewirken, können die abwesenden oder nicht dafür stimmenden Gesellschafter innerhalb der folgenden 90 (neunzig) Tage ihren Rücktritt erklären.

9.3. Der Rücktritt ist gegenüber der Gesellschaft mit dem Erhalt der Erklärung im Sinne des vorhergehenden Absatzes rechtswirksam.

9.4. Der Rücktritt darf nicht ausgeübt werden und, soweit schon ausgeübt, bleibt er unwirksam, wenn die Gesellschaft innerhalb von 90 (neunzig) Tagen den Beschluss widerruft, welcher zum Rücktritt berechtigt, oder wenn die Auflösung der Gesellschaft beschlossen worden ist.

9.5. Die Erstattung der Anteile an die Gesellschafter, welche im Sinne dieses Artikels aus der Gesellschaft austreten, erfolgt im Sinne der Bestimmungen laut Art. 2473 ZGB mit Bezug auf die nachstehende Regelung. Dabei werden der Wert der Gesellschaft und somit der anteilige Wert der auszahlenden Anteile aufgrund des berechtigten Reinvermögens festgelegt, ergänzt um den positiven oder negativen Firmenwert.

- Das berechnete Reinvermögen wird aufgrund der letzten genehmigten Bilanz mit den nachstehenden Berichtigungen festgelegt: Die Buchwerte der Immobilien werden mit dem Marktwert er-

SATZUNG E-WERK WINNEBACH KONSORTIAL-GMBH

- L'avviamento positivo (*goodwill*) oppure negativo (*badwill*) è determinato come sovrareddito, in funzione della differenza tra:
 - a) il reddito medio netto risultante dagli ultimi cinque bilanci d'esercizio approvati, e
 - b) il reddito derivante dal patrimonio netto rettificato determinato con la rendita netta di titoli di Stato quinquennali (BTP o di titoli analoghi).
 - c) Il sovrareddito è determinato per il periodo residuale della concessione ed attualizzato con la stessa percentuale di rendita netta di cui al punto b), aumentata da tre a otto punti per il rischio di impresa.

9.6. Ricevuta la dichiarazione scritta di recesso, l'organo amministrativo deve darne notizia senza indugio agli altri soci fissando loro un termine massimo di 30 (trenta) giorni per manifestare la propria disponibilità, con qualsiasi mezzo che fornisca la prova dell'avvenuto ricevimento spedita alla società, ad acquistare la quota di partecipazione del socio receduto ex art. 2473 del Codice Civile, o, eventualmente, per individuare concordemente un terzo acquirente. In caso di mancato acquisto della partecipazione da parte dei soci o del terzo da essi indicato, la partecipazione deve essere rimborsata utilizzando riserve disponibili o, in mancanza, riducendo corrispondentemente il capitale sociale con le modalità di cui all'art. 2482 del Codice Civile e, qualora sulla base di esso non risulti possibile il rimborso, la società viene posta in liquidazione.

Art. 10 – Requisiti dei soci consorziati

- 10.1.** Il numero dei soci consorziati è illimitato, ma in ogni caso non potrà essere inferiore a 2 (due).
- 10.2.** Possono acquisire la qualifica di soci consorziati tutte le imprese ed enti che a insindacabile giudizio dell'organo amministrativo sono in grado di contribuire alla realizzazione dell'oggetto sociale.

setzt.

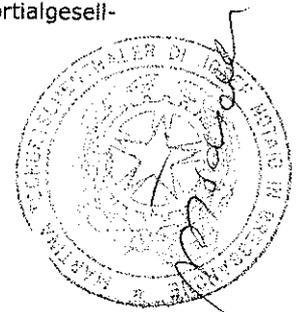
- Der positive oder negative Firmenwert (*goodwill* oder *badwill*) wird als Übergewinn ermittelt, und zwar als Differenz zwischen:
 - a) dem durchschnittlichen Ertrag nach Steuern der letzten fünf genehmigten Jahresabschlüsse und
 - b) dem Ertrag aus dem berechtigten Reinvermögen, ermittelt mit der Nettorendite fünfjähriger Staats-Schatzscheine (BTP oder ähnlicher Wertpapiere),
 - c) wobei der Übergewinn für den Zeitraum der verbleibenden Konzessionsdauer ermittelt und mit der in Punkt b) angeführten Nettorendite, erhöht um drei bis acht Punkte für das Unternehmensrisiko, aktualisiert wird.

9.6. Sobald das Verwaltungsorgan die schriftliche Austrittserklärung erhält, muss das Verwaltungsorgan dies umgehend den Gesellschaftern mitteilen, wobei sie diesen eine Frist von höchstens 30 (dreißig) Tagen setzen müssen, um mittels eines Schreibens, welches in einer Art und Weise, welche den Nachweis des Erhalts derselben zulässt, gerichtet an die Gesellschaft, die eigene Bereitschaft zum Erwerb der Beteiligung des ausgetretenen Gesellschafters im Sinne von Art. 2473 ZGB zu bekunden oder – gegebenenfalls – einvernehmlich einen dritten Käufer ausfindig zu machen. Soweit die Gesellschafter oder der von ihnen angegebene Dritte die Beteiligung nicht erwerben, muss die Beteiligung unter Verwendung bestehender Rücklagen oder, soweit diese fehlen, durch entsprechende Herabsetzung des Gesellschaftskapitals nach den Bestimmungen von Art. 2482 ZGB erstattet werden, und soweit auch damit eine Erstattung nicht möglich ist, muss die Gesellschaft in Liquidation gesetzt werden.

Art. 10 – Anforderungen an Mitglieder

- 10.1.** Die Anzahl der Mitglieder ist unbeschränkt, darf aber auf keinen Fall unter 2 (zwei) liegen.
- 10.2.** An der Konsortialgesellschaft können Körperschaften und Unternehmen teilnehmen, die nach unanfechtbarem Urteil des Verwaltungsorganes zur Erzielung des Gegenstandes der Konsortialgesellschaft beitragen können.

Claudio TME



III. DECISIONI E ASSEMBLEA DEI SOCI

Art. 11 – Decisione dei soci

11.1. I soci decidono sugli argomenti che l'organo amministrativo o singoli soci sottopongono alla loro approvazione. In ogni caso, sono riservate alla competenza dei soci:

- 1) l'approvazione del bilancio e la distribuzione degli utili;
- 2) la nomina dell'Organo amministrativo tenendo conto delle limitazioni contenute nel presente statuto;
- 3) la nomina, nei casi previsti dalla legge, dell'organo di controllo e del revisore;
- 4) le modificazioni dell'atto costitutivo oppure dello statuto;
- 5) la decisione di compiere operazioni che comportino una sostanziale modificazione dell'oggetto sociale determinato nel presente statuto o una rilevante modificazione dei diritti dei soci
- 6) fusione e scissione;
- 7) aumenti di capitale sociale;
- 8) conferimenti, acquisizioni o cessioni di aziende e/o rami di aziende e/o partecipazioni e costituzione di nuove società;
- 9) affitto di aziende o ramo di azienda e/o concessione in affitto delle stesse;
- 10) stipulazione di patti parasociali e di contratti di cooperazione;
- 11) stipulazione di contratti di leasing;
- 12) determinazione degli obiettivi strategici della società e approvazione dei piani economici e finanziari, del budget preventivo annuale e dei piani di investimento;
- 13) spese di importo superiore a Euro 70.000.- (settantamila) IVA esclusa, ivi incluse quelle concernenti la stipulazione di contratti di servizi ed il conferimento di incarichi professionali, nonché i contratti d'appalto che superano il suindicato importo;
- 14) accensione di contratti di finanziamento e mutuo;
- 15) costituzione di pegni, ipoteche e rilascio di garanzie;
- 16) nomina e revoca di direttori e procuratori e determinazione delle procure e degli incarichi degli stessi.

11.2. Ogni socio ha diritto di partecipare alle decisioni previste dal presente articolo ed il suo voto vale in misura proporzionale alla sua partecipazione al capitale

**III. GESELLSCHAFTERENTSCHEIDUNGEN UND
GESELLSCHAFTERVERSAMMLUNG**

Art. 11 – Entscheidungen der Gesellschafter

11.1. Die Gesellschafter entscheiden über Fragen, die ihnen vom Verwaltungsorgan oder von einzelnen Gesellschaftern unterbreitet werden. Den Gesellschaftern ist auf jeden Fall vorbehalten:

- 1) Genehmigung des Jahresabschlusses und Gewinnausschüttung;
- 2) Bestellung des Verwaltungsorgans, unter Berücksichtigung der Einschränkungen dieser Satzung;
- 3) Bestellung des Kontrollorganes oder des Rechnungsprüfers, in den vom Gesetz vorgesehenen Fällen;
- 4) Änderungen der Gründungsurkunde oder der Satzung;
- 5) Entscheidungen über Geschäftsvorfälle, die eine wesentliche Änderung des in dieser Satzung festgelegten Gegenstandes der Gesellschaft oder der Rechte der Gesellschafter bewirken;
- 6) Verschmelzungen und Spaltungen;
- 7) Kapitalerhöhungen;
- 8) Einbringungen, Erwerb und Veräußerungen von Betrieben und/oder Betriebszweigen und/oder Beteiligungen und Gründung von neuen Gesellschaften;
- 9) Übernahme in Pacht und/oder Weiterverpachtung von Betrieben oder Teilbetrieben;
- 10) Abschluss von gesellschaftsrechtlichen Nebenabreden sowie Abschluss von Kooperationsverträgen;
- 11) Abschluss von Leasingverträgen;
- 12) Festlegung der strategischen Ziele der Gesellschaft, sowie Genehmigung der Wirtschafts- und Finanzpläne, des jährlichen Budgets und der Investitionspläne;
- 13) Ausgaben, welche den Betrag von Euro 70.000.- (siebzigtausend) exklusive MwSt. übersteigen, inklusive jene betreffend Dienstleistungsverträge und die Vergabe von freiberuflichen Aufträgen sowie von Werkverträgen, die den oben genannten Betrag übersteigen;
- 14) Aufnahme von Finanzierungen und Darlehen;
- 15) Leistungen von Garantien, Hypotheken und Bürgschaften zugunsten von Dritten;
- 16) Ernennung und Abberufung von Direktoren und Prokuristen sowie Festlegung deren Kompetenzen.

11.2. Jeder Gesellschafter hat das Recht, sich an den in diesem Artikel festgelegten Entscheidungen zu beteiligen, mit Stimmrecht im Verhältnis zu seiner Beteiligung

sociale.

11.3. Le decisioni dei soci vengono adottate mediante deliberazione assembleare ai sensi dell'art. 12 del presente statuto.

11.4. Le deliberazioni e decisioni prese in conformità alla legge ed al presente statuto obbligano tutti i soci.

Art. 12 – Assemblea dei soci

12.1. La convocazione dell'Assemblea dei soci è fatta dall'Organo amministrativo a mezzo comunicazione scritta, da inviare ai soci presso il loro domicilio almeno 8 (otto) giorni prima di quello fissato per la riunione, contenente data, ora, luogo ed ordine del giorno dell'adunanza. La convocazione avviene con qualsiasi mezzo che fornisca la prova dell'avvenuto ricevimento.

12.2. L'Assemblea può essere convocata anche in luogo diverso dalla sede della società nel territorio dello Stato od in altro Stato dell'Unione Europea. Può essere tenuta anche se i partecipanti si trovano in differenti luoghi, vicini o lontani, collegati tra loro in audio/video conferenza. Il Presidente ed il Segretario si devono trovare nello stesso luogo. L'Assemblea si intende tenuta in ogni caso nel luogo in cui si trovano il Presidente ed il Segretario. I partecipanti devono avere la possibilità di discutere e di votare insieme e contemporaneamente i punti dell'ordine del giorno nonché di ricevere, esaminare e inviare documenti. A tale scopo possono essere messi a disposizione nel luogo dell'Assemblea supporti elettronici per trasmettere e ricevere documenti. In ogni caso durante l'Assemblea devono essere rispettati i principi della buona fede e del pari trattamento dei singoli soci.

12.3. L'assemblea dei soci delibera con il voto favorevole dei soci che rappresentano almeno il 80% (ottanta per cento) del capitale sociale.

12.4. Sono tuttavia valide le assemblee, anche non convocate come sopra, qualora vi sia rappresentato l'intero capitale sociale, e l'Amministratore Unico e il Sindaco Unico in carica sono presenti oppure informati della riunione; può deliberare quando nessuno si oppone alla trattazione dell'argomento.

am Stammkapital.

11.3. Die Entscheidungen der Gesellschafter werden durch Beschluss der Gesellschafterversammlung im Sinne von Art. 12 dieser Satzung getroffen.

11.4. Die in Übereinstimmung mit dem Gesetz und der vorliegenden Satzung getroffenen Beschlüsse und Entscheidungen verpflichten alle Gesellschafter.

Art. 12 – Gesellschafterversammlung

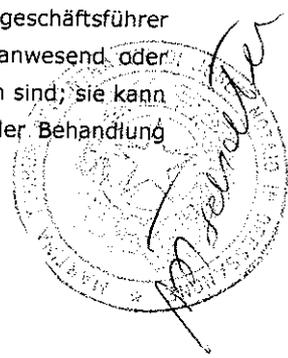
12.1. Die Einberufung der Gesellschafterversammlung erfolgt durch das Verwaltungsorgan mit schriftlicher Mitteilung, die mindestens 8 (acht) Tage vor Abhaltung der Versammlung an das Domizil der Gesellschafter zu senden ist, unter gleichzeitiger Bekanntgabe des Tages, der Uhrzeit, des Versammlungsortes sowie der Tagesordnung. Die Einberufung erfolgt in einer Art und Weise, welche den Nachweis des Erhalts zulässt.

12.2. Die Gesellschafterversammlung kann auch außerhalb des Gesellschaftssitzes, jedoch nur in Italien oder in einem anderen EU-Staat einberufen werden. Sie kann auch abgehalten werden, wenn die Teilnehmer sich an verschiedenen, nahen oder entfernten, untereinander mittels Audio-/Videoübertragung verbundenen Standorten aufhalten. Der Vorsitzende und der Sekretär müssen sich jedoch am gleichen Ort aufhalten. Dabei gilt die Versammlung auf jeden Fall an dem Ort abgehalten, an dem sich der Vorsitzende und der Sekretär befinden. Die Teilnehmer müssen die Möglichkeit haben, gemeinsam und gleichzeitig über die Punkte der Tagesordnung zu diskutieren und abzustimmen sowie Dokumente zu überprüfen, zu erhalten und abzusenden. Dazu können an den Orten der Versammlung elektronische Datenträger bereitgestellt werden, um Dokumente zu versenden und zu empfangen. In jedem Fall müssen während der Versammlung die Prinzipien des guten Glaubens und der gleichen Behandlung der einzelnen Gesellschafter respektiert werden.

12.3. Die Gesellschafterversammlung beschließt mit Zustimmung der Gesellschafter, welche zumindest 80% (achtzig Prozent) des Stammkapitals vertreten.

12.4. Als beschlussfähig zusammengetreten gilt die Gesellschafterversammlung auch wenn nicht wie oben einberufen, falls das gesamte Stammkapital vertreten ist, und der im Amt befindliche Einzelgeschäftsführer sowie der Einzelüberwacher entweder anwesend oder über die Versammlung informiert worden sind; sie kann Beschlüsse fassen, falls niemand sich der Behandlung des Tagesordnungspunktes widersetzt.

Claudio Fini



Art. 13 – Intervento e rappresentanza

13.1. Per l'intervento all'Assemblea valgono le disposizioni di legge.

13.2. Ogni socio che ha diritto di intervento all'Assemblea può farsi rappresentare da altra persona. La partecipazione di persone giuridiche avviene tramite il loro legale rappresentante o procuratore, salva delega di questi secondo le predette disposizioni. La rappresentanza deve essere conferita con delega scritta, consegnata al delegato.

Art. 14 – Svolgimento dell'Assemblea dei soci

14.1. L'Assemblea dei soci è presieduta dall'Amministratore Unico; in difetto di questi l'Assemblea elegge il proprio Presidente.

14.2. Il Presidente dell'Assemblea verifica la regolarità della sua costituzione, accerta l'identità e la legittimazione dei presenti, regola il suo svolgimento ed accerta i risultati delle votazioni. Degli esiti di tali accertamenti deve essere dato conto nel verbale sottoscritto dal Presidente e dal segretario, ed eventualmente dal notaio.

14.3. L'Assemblea dei soci nomina un Segretario, anche non socio.

14.4. Il verbale deve essere redatto senza indugio a cura del Presidente o, nei casi previsti dalla legge o stabiliti dall'Organo amministrativo, dal notaio.

IV. AMMINISTRAZIONE E RAPPRESENTANZA SOCIALE

Art. 15 – Amministrazione

15.1. La società è amministrata da un Amministratore Unico. L'amministratore Unico resta in carica al massimo per 3 (tre) esercizi sociali con scadenza alla data dell'Assemblea convocata per l'approvazione del bilancio relativo all'ultimo esercizio del mandato. L'amministratore è rieleggibile. Ai sensi dell'art. 2468 del Codice Civile si prevedono i seguenti diritti particolari riguardanti la nomina dell'Amministratore Unico: Il Comune di Terento nomina a propria insindacabile discrezione l'amministratore Unico.

15.2. La carica di Amministratore Unico può venire assunta soltanto da persone che al momento della nomina non abbiano superato i 70 (settanta) anni di età.

Art. 13 – Teilnahme und Vertretung

13.1. Für die Teilnahme an der Gesellschafterversammlung gelten die gesetzlichen Bestimmungen.

13.2. Jeder zur Gesellschafterversammlung teilnahmeberechtigte Gesellschafter kann sich durch eine andere Person vertreten lassen. Die Teilnahme von juristischen Personen erfolgt durch deren gesetzlichen Vertreter oder einen Prokuristen, soweit diese sich nicht gemäß den vorgenannten Bestimmungen vertreten lassen. Die Vertretung wird durch schriftliche Vollmacht erteilt, die dem Vollmachtnehmer übermittelt wird.

Art. 14 – Ablauf der Gesellschafterversammlung

14.1. Den Vorsitz der Gesellschafterversammlung führt der Einzelgeschäftsführer; andernfalls wählt die Gesellschafterversammlung den Vorsitzenden.

14.2. Der Vorsitzende überprüft die Beschlussfähigkeit der Gesellschafterversammlung, die Identität und die Teilnahmeberechtigung der Anwesenden; er regelt den Ablauf der Versammlung und stellt das Ergebnis der Abstimmungen fest. Diese Überprüfung und Feststellungen müssen in einer Niederschrift vermerkt werden, die vom Vorsitzenden und vom Schriftführer und gegebenenfalls von einem Notar zu unterzeichnen ist.

14.3. Die Gesellschafterversammlung bestellt einen Schriftführer, der auch Nichtgesellschafter sein kann.

14.4. Die Niederschrift muss unverzüglich auf Veranlassung des Vorsitzenden oder, in den durch Gesetz oder durch das Verwaltungsorgan vorgesehenen Fällen, durch einen Notar abgefasst werden.

IV. VERWALTUNG UND VERTRETUNG DER GESELLSCHAFT

Art. 15 – Verwaltung

15.1. Die Gesellschaft wird von einem Einzelgeschäftsführer verwaltet (Verwaltungsorgan). Die Amtsdauer beträgt höchstens 3 (drei) Geschäftsjahre und verfällt mit dem Datum der Gesellschafterversammlung, die für die Genehmigung des Jahresabschlusses des letzten Geschäftsjahres seiner Amtszeit einberufen wird. Der Einzelgeschäftsführer ist nach Ablauf seiner Amtszeit erneut wählbar. Für die Bestellung des Einzelgeschäftsführers werden im Sinne von Art. 2468 ZGB folgende besonderen Rechte vorgesehen: Die Gemeinde Terento bestellt den Einzelgeschäftsführer nach eigenem unanfechtbarem Ermessen.

15.2. Das Amt des Einzelgeschäftsführers kann nur von Personen angenommen werden, welche zum Zeitpunkt der Ernennung das Alter von 70 (siebzig) Jahren nicht

15.3. L'Amministratore Unico può essere anche non socio. I soci stabiliscono la durata in carica ed il compenso.

15.4. Nel caso in cui venga a mancare l'Amministratore Unico valgono le disposizioni di legge per le società per azioni. Se per dimissioni o per altre cause viene a mancare l'Amministratore Unico dovrà essere convocata senza indugio l'assemblea dei soci che dovrà provvedere alla nomina dell'Amministratore Unico.

15.5. All'Amministratore Unico non si applica il divieto di concorrenza di cui all'art. 2390 del Codice Civile.

Art. 16 – Poteri

16.1. L'Amministratore Unico è investito dei più ampi ed illimitati poteri per la gestione ordinaria e straordinaria della società. Pertanto l'Amministratore Unico ha la facoltà di compiere tutti gli atti che ritiene opportuno per l'attuazione e per il raggiungimento degli scopi sociali, esclusi quelli che la legge e lo statuto riservano in modo tassativo ai soci. In ogni caso l'Amministratore Unico determina i contributi consortili ai sensi dell'art. 2615ter, 2° comma, del Codice Civile.

16.2. L'Amministratore Unico può conferire, modificare e revocare, nell'ambito dei propri poteri, procure speciali anche a favore di dipendenti della società e di terzi per determinati atti o serie di atti e stabilirne i relativi poteri ed il compenso. Non sono delegabili le materie elencate nell'art. 2475, 5° comma, del Codice Civile.

Art. 17 – Rappresentanza della società

17.1. La rappresentanza della società spetta, con l'uso della firma, all'Amministratore Unico.

17.2. Questo è, pertanto, investito del potere di rappresentanza della società sia in sede giudiziale davanti a qualsiasi autorità amministrativa e giudiziale, sia in sede stragiudiziale, con facoltà di promuovere azioni ed istanze in ogni grado e sede nonché di proporre impugnazioni (appelli, ricorsi in cassazione ecc.) e ritirarli, nominando avvocati e procuratori alle liti.

überschritten haben.

15.3. Der Einzelgeschäftsführer kann auch Nichtgesellschafter sein. Die Gesellschafter bestimmen die Vergütung und die Amtszeit.

15.4. Sollte das Amt des Einzelgeschäftsführers unbesetzt bleiben, gelten die gesetzlichen Bestimmungen für Aktiengesellschaften. Legt der Einzelgeschäftsführer sein Amt nieder oder scheidet dieser aus irgendeinem anderen Grund aus, ist unverzüglich die Gesellschafterversammlung für die Neuwahl des gesamten Einzelgeschäftsführers einzuberufen.

15.5. Für den Einzelgeschäftsführer kommt das Wettbewerbsverbot gemäß Art. 2390 ZGB nicht zur Anwendung.

Art. 16 – Befugnisse

16.1. Dem Einzelgeschäftsführer stehen die weitest reichenden und uneingeschränkten Befugnisse zur Durchführung der ordentlichen und außerordentlichen Geschäfte der Gesellschaft zu. Der Einzelgeschäftsführer ist deshalb befugt, alle Handlungen vorzunehmen, die nach seinem Ermessen für das Erreichen des Gegenstandes der Gesellschaft förderlich sind, mit Ausnahme jener, die das Gesetz und die Satzung den Gesellschaftern vorbehalten. In jedem Fall ist der Einzelgeschäftsführer befugt die Führungskostenbeiträge im Sinne von Art. 2615ter Abs. 2 ZGB festzulegen.

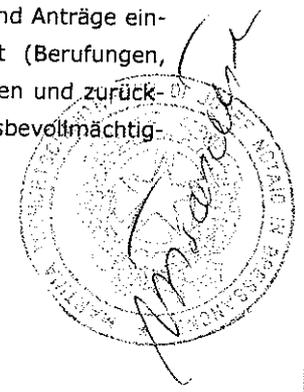
16.2. Der Einzelgeschäftsführer kann im Rahmen seiner Befugnisse für bestimmte Handlungen oder Aufeinanderfolge von Handlungen Handels- und Sondervollmachten an Angestellte der Gesellschaft sowie an Dritte erteilen und diese Vollmachten abändern und widerrufen sowie die entsprechenden Vergütungen bestimmen. Die Aufgaben laut Art. 2475 Abs. 5 ZGB sind nicht übertragbar.

Art. 17 – Vertretung der Gesellschaft

17.1. Die gesetzliche Vertretung und Firmenzeichnung der Gesellschaft stehen dem Einzelgeschäftsführer zu.

17.2. Dieser ist folglich befugt, die Gesellschaft sowohl vor jeder Gerichts- und Verwaltungsbehörde als auch außergerichtlich mit dem Recht zu vertreten, in jeder Instanz und vor jeder Behörde Klagen und Anträge einzubringen sowie Rechtsmittel aller Art (Berufungen, Kassationsbeschwerden usw.) zu ergreifen und zurückzuziehen und Rechtsanwälte und Prozessbevollmächtigte zu bestellen.

Claudio Forl



Art. 18 – Compenso per l'Amministratore Unico

18.1. All'Amministratore Unico spetta il rimborso delle spese sostenute per ragioni dell'ufficio.

18.2. L'Assemblea dei soci può assegnare all'Amministratore Unico un compenso annuale. Inoltre possono essere attribuite indennità di risultato. E' fatto divieto di corrispondere gettoni di presenza o premi di risultato deliberati dopo lo svolgimento dell'attività, nonché di corrispondere trattamenti di fine mandato, all'Amministratore Unico.

V. VIGILANZA

Art. 19 – Organo di controllo

19.1. La Società deve nominare un Organo di Controllo in possesso dei requisiti di legge o un Revisore in possesso dei requisiti di legge.

19.2. L'Organo di Controllo è costituito da 1 (uno) membro effettivo detto Sindaco Unico. Il diritto insindacabile di nomina del Sindaco Unico spetta ai sensi dell'art. 2468 cc al socio Comune Vandoies.

19.3. La carica di Sindaco Unico può venire assunta soltanto da persone che al momento della nomina non abbiano superato l'età di 70 (settanta) anni.

19.4. In sede di nomina del Sindaco Unico si provvede anche alla determinazione del compenso annuo.

19.5. L'Organo di Controllo avrà competenze e poteri previsti per tale organo dalla disciplina legislativa prevista in materia di società per azioni.

19.6. Il Sindaco Unico resta in carica per 3 (tre) esercizi con scadenza alla data dell'Assemblea convocata per l'approvazione del bilancio relativo al terzo esercizio dell'incarico. Il sindaco Unico è rieleggibile.

VI. ESERCIZIO SOCIALE, BILANCIO

Art. 20 – Esercizio sociale e bilancio

20.1. L'esercizio sociale si chiude il 31 (trentuno) dicembre di ogni anno.

20.2. Il bilancio deve essere approvato entro 120 (centoventi) giorni dalla chiusura dell'esercizio sociale; nei

Art. 18 – Vergütung für den Einzelgeschäftsführer

18.1. Der Einzelgeschäftsführer hat Anspruch auf Ersatz aller Unkosten, die ihm durch die Amtsführung entstehen.

18.2. Die Gesellschafterversammlung kann dem Einzelgeschäftsführer eine jährliche Vergütung gewähren. Außerdem können Ergebniszulagen zuerkannt werden. Es ist verboten, Sitzungsgelder oder Ergebniszulagen zu entrichten, welche nach der Durchführung der Tätigkeit beschlossen wurden, sowie dem Einzelgeschäftsführer Vergütungen am Ende der Amtszeit auszubezahlen.

V. AUFSICHT

Art. 19 – Überwachungsrat

19.1. Die Gesellschaft muss ein die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllendes Kontrollorgan oder einen die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllenden Rechnungsprüfer bestellen.

19.2. Das Kontrollorgan besteht aus 1 (einem) effektiven Mitglied, welches auch Einzelüberwacher genannt wird. Das Recht der Nennung des Einzelüberwachers, wird im Sinne des Art. 2468 ZGB dem Gesellschafter Gemeinde Vintl nach eigenem unanfechtbaren Ermessen zugeteilt.

19.3. Das Amt des Einzelüberwachers kann nur von Personen angenommen werden, welche zum Zeitpunkt der Ernennung das Alter von 70 (siebzig) Jahren nicht überschritten haben.

19.4. Bei Bestellung des Einzelüberwachers wird gleichzeitig die jährliche Vergütung festgelegt.

19.5. Das Kontrollorgan hat die Befugnisse und Aufgaben, wie sie für dieses Organ von den gesetzlichen Bestimmungen für die Aktiengesellschaften vorgesehen sind.

19.6. Die Amtszeit des Einzelüberwachers beträgt 3 (drei) Geschäftsjahre und verfällt mit dem Datum der Gesellschafterversammlung, die für die Genehmigung des Jahresabschlusses des dritten Geschäftsjahres seiner Amtszeit einberufen wird. Der Einzelüberwacher ist wieder wählbar.

VI. GESCHÄFTSJAHR, JAHRESABSCHLUSS

Art. 20 – Geschäftsjahr und Abschluss

20.1. Das Geschäftsjahr schließt mit dem 31. (einunddreißigsten) Dezember eines jeden Jahres.

20.2. Der Jahresabschluss muss innerhalb der Frist von 120 (hundertzwanzig) Tagen nach Abschluss des Ge-

SATZUNG E-WERK WINNEBACH KONSORTIAL-GMBH

casi previsti dall'art. 2364, 2° comma, del Codice Civile, il bilancio può tuttavia essere approvato entro 180 (centottanta) giorni dalla chiusura dell'esercizio sociale.

VII. RAPPORTI CON I CONSORZIATI

Art. 21 – Obblighi dei soci consorziati

21.1. Ciascun socio consorziato si assume l'obbligo di garantire, ove ciò si renda necessario, anche per il tramite di terzi costituiti fideiussori nel suo interesse, in proporzione alla quota sociale posseduta, l'adempimento delle obbligazioni assunte dalla società consortile nei confronti dei terzi e, segnatamente, nei confronti degli istituti di credito finanziatori, per la realizzazione dell'oggetto sociale.

VIII. DISPOSIZIONI GENERALI

Art. 22 – Scioglimento della società

22.1. La società si scioglie nei casi previsti dalla legge.

22.2. Addivenendo in qualunque tempo e per qualsiasi causa allo scioglimento della società, l'Assemblea determinerà le modalità della liquidazione e nominerà uno o più liquidatori precisandone i poteri.

Art. 23 – Clausola compromissoria

23.1. Tutte le controversie tra la società e i soci, l'Amministratore Unico, il Sindaco Unico ed i liquidatori, riguardanti l'applicazione e l'interpretazione del presente statuto, che non sono riservate dalla legge alla inderogabile competenza dell'Autorità giudiziaria, saranno affidate per la deliberazione alla Camera Arbitrale della Camera di Commercio, Industria, Artigianato e Agricoltura di Bolzano a norma del relativo Regolamento arbitrale, e precisamente alla decisione inappellabile di un Collegio Arbitrale, composto da 3 (tre) arbitri, che deciderà secondo il procedimento arbitrale stabilito nel regolamento.

23.2. Il Collegio Arbitrale viene designato dalla Camera Arbitrale della Camera di commercio, industria, artigianato e agricoltura di Bolzano secondo le modalità previste nel predetto regolamento della stessa Camera Arbitrale.

schäftsjahrs genehmigt werden. In den von Art. 2364 Abs. 2 ZGB genannten Fällen kann die Genehmigung auch innerhalb der Frist von 180 (hundertachtzig) Tagen erfolgen.

VII. VERHÄLTNIS ZU DEN MITGLIEDERN

Art. 21 – Verpflichtungen der Mitglieder

21.1. Jedes Konsortialmitglied verpflichtet sich, wo es als notwendig erachtet wird, auch über Dritte, die ihm gegenüber Bürgen sind, im Verhältnis zum gehaltenen Geschäftsanteil die Erfüllung der von der Konsortialgesellschaft gegenüber Dritten und vor allem gegenüber Kreditinstituten für die Durchführung des Geschäftszwecks übernommenen Verpflichtungen sicherzustellen.

VIII. ALLGEMEINE BESTIMMUNGEN

Art. 22 – Auflösung der Gesellschaft

22.1. Die Auflösung der Gesellschaft erfolgt in den vom Gesetz vorgesehenen Fällen.

22.2. Wird die Auflösung der Gesellschaft – ganz gleich zu welchem Zeitpunkt und aus welchem Grund – beschlossen, setzt die Gesellschafterversammlung die Art und Weise der Liquidation fest, ernennt einen oder mehrere Liquidatoren und erteilt diesen die entsprechenden Vollmachten.

Art. 23 – Schiedsgerichtsklausel

23.1. Alle Streitigkeiten zwischen der Gesellschaft und den Gesellschaftern, dem Verwaltungsorgan, dem Einzelüberwacher und den Liquidatoren hinsichtlich der Durchführung und der Auslegung der vorliegenden Satzung, die laut Gesetz nicht ausschließlich der Gerichtsbehörde vorbehalten sind, werden zur Entscheidung dem Schiedsgericht der Handels-, Industrie-, Handwerks- und Landwirtschaftskammer Bozen gemäß dessen Schiedsordnung übertragen, und zwar der unanfechtbaren Entscheidung eines aus 3 (drei) Schiedsrichtern bestehenden Schiedsrichtersensats, der nach dem in der Schiedsordnung festgelegten Schiedsverfahren entscheidet.

23.2. Die Bestellung der Schiedsrichter erfolgt durch das Schiedsgericht der Handels-, Industrie-, Handwerks- und Landwirtschaftskammer Bozen gemäß der in der vorgenannten Schiedsordnung dieses Schiedsgerichtes festgesetzten Art und Weise.

Cleaveland Finc



Art. 24 – Comunicazioni e computo dei termini

24.1. Tutte le comunicazioni da effettuarsi ai sensi del presente statuto si fanno, ove non diversamente disposto, mediante Pec-Mail, che risulta dal competente registro delle imprese e/o dall'indice Pec-mail ufficiale nazionale degli enti pubblici.

24.2. Tutte le comunicazioni per le quali non vi sia prova dell'avvenuta loro ricezione da parte del rispettivo destinatario si considerano validamente effettuate solo ove il destinatario dia atto di averle effettivamente ricevute.

24.3. Ogniqualvolta il presente statuto fa riferimento all'invio di una data comunicazione, essa si intende efficace dal momento in cui perviene a conoscenza del soggetto cui è destinata, fermo restando che essa si reputa conosciuta nel momento in cui giunge al domicilio del destinatario.

24.4. Tutti i termini previsti dal presente statuto vanno, se non diversamente stabilito dalla legge, computati con riferimento ai giorni di calendario. Tutti i termini che scadono di domenica o in giorno festivo, sono prorogati di diritto al giorno seguente non festivo. Per la determinazione delle festività valgono le norme vigenti presso la sede della società.

Art. 25 – Disposizioni finali

25.1. Per tutto quanto non espressamente previsto nel presente atto si applicano le disposizioni del Codice Civile e le leggi speciali in materia.

25.2. Foro competente esclusivo è quello di Bolzano.

25.3. In caso di divergenze di interpretazione relative al presente statuto, prevale il testo tedesco.

Art. 24 – Mitteilungen und Fristberechnung

24.1. Alle laut vorliegender Satzung notwendigen Mitteilungen erfolgen, falls nicht anderweitig geregelt, durch eine an den Empfänger versandte Pec-Mail, die aus dem zuständigen Handelsregister und/oder aus dem offiziellen staatlichen Verzeichnis der Pec-Mail-adresse der öffentlichen Körperschaften hervorgeht.

24.2. Alle Mitteilungen, für die keine Empfangsbestätigung seitens des jeweiligen Empfängers besteht, gelten dann als ordnungsmäßig durchgeführt, wenn der Empfänger bestätigt, diese tatsächlich erhalten zu haben.

24.3. In allen Fällen, in denen sich die Satzung auf die Versendung einer bestimmten Mitteilung bezieht, ist diese ab dem Zeitpunkt wirksam, zu welchem der Empfänger davon Kenntnis erlangt; die Kenntnis wird bei Einlangen am Domizil des Empfängers vorausgesetzt.

24.4. Alle in dieser Satzung vorgesehenen Fristen werden, soweit im Gesetz nicht anders bestimmt, nach Kalendertagen berechnet. Die auf einen Sonntag oder Feiertag fallenden Fristen sind von Rechts wegen auf den folgenden Werktag aufgeschoben. Für die Bestimmung der Feiertage gelten die am Sitz der Gesellschaft geltenden Bestimmungen.

Art. 25 – Schlussbestimmungen

25.1. Für alle rechtlichen Belange, die nicht durch die vorliegende Satzung geregelt sind, gelten die Bestimmungen des Zivilgesetzbuches sowie die anderen einschlägigen Gesetzesbestimmungen.

25.2. Ausschließlicher Gerichtsstand ist Bozen.

25.3. Für die Auslegung dieser Satzung ist die deutsche Fassung maßgebend.